



**Esther Dilcher, MdB**

**Wahlkreis Waldeck**

## Der Newsletter

Liebe Leserinnen und Leser,  
in meinem Newsletter versuche ich einen kurzen Überblick über meine Arbeit im Wahlkreis sowie in Berlin zu geben. Für vertiefende Fragen zu meinen Themen und meiner Arbeit oder für sonstige Anregungen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Ich freue mich über Rückmeldungen

*Esther Dilcher, MdB*

### Aus der Hauptstadt:

- Ein Jahr Zeitwende
- Auf die Bremse getreten: Die Energiepreisbremse tritt in Kraft
- Aufgepasst - Studierende und Berufsschüler\*innen und Fachschüler\*innen: Es gibt Geld!
- Blumen alleine reichen nicht! Gleicher Lohn, gleiche Wertschätzung, gleiche Chancen
- 90 Jahre Reichtagsbrand - Erinnerung an das Unrecht

### Bild der Woche

“ —

„Es ist wichtig, den Aggressor in diesem Krieg klar zu benennen und die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu unterstützen. Frieden zu schaffen, bedeutet für mich nicht, sofort alle Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen“, so die Bundestagsabgeordnete Esther Dilcher (SPD). „Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer blenden bei ihren Forderungen nach einem sofortigen Stopp der Waffenlieferungen das unendliche Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer aus“, so die Abgeordnete weiter.



**Hier findet man die**  
**vollständige**  
**Regierungserklärung des**  
**Bundeskanzlers:**



### **Ein Jahr Zeitenwende**

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine weltweite Zäsur – eine Zeitenwende. Er leitet eine neue Phase des Misstrauens und der Aufrüstung in den internationalen Beziehungen ein, deren Folgen noch lange nachwirken werden. Das Fazit nach einem Jahr des Krieges ist: Putins imperiales Ziel, die Ukraine innerhalb weniger Tage zu überrennen, ist gescheitert. Sein Angriffskrieg hat die Ukrainerinnen und Ukrainer als freie und souveräne europäische Nation zusammengeschweißt. NATO und EU haben zu einer neuen Geschlossenheit gefunden, die viele nicht für möglich gehalten hätten. Am 27.02.2023 stellte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bei einem Fraktionsabend der SPD-Bundestagsfraktion klar, dass Deutschland bei der weiteren Unterstützung eine besondere Verantwortung zukomme, nicht allein, sondern mit vielen Partnern, allen voran den USA. Es wird alles Notwendige dafür getan, die Ukraine in die Lage zu versetzen, ihr Selbstverteidigungsrecht auszuüben und dabei eine Eskalation zwischen Russland und der NATO zu verhindern. Gleichzeitig wird das breite Spektrum diplomatischer Möglichkeiten genutzt, um Türen für mögliche Initiativen zur Deeskalation, Waffenruhen und Hilfen für eingeschlossene Zivilisten zu öffnen.



**Aufgepasst – Studierende und Berufsschüler\*innen und Fachschüler\*innen: Es gibt Geld!**

Nach der Ankündigung im Newsletter im vergangenen Jahr ist es nun endlich soweit! Mit der Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro entlastet die Bundesregierung Menschen in Ausbildung. Antragsberechtigt sind alle Studierenden, Fachschülerinnen und Berufsschüler. Die Website auf der der Antrag zu stellen ist, kann unter diesem Artikel gefunden werden. Hier werden auch alle Fragen beantwortet sowie Ansprechpartner benannt, sollten weitere Fragen bestehen. Jetzt die 200 Euro beantragen und ausgezahlt bekommen!

**Auf die Bremse getreten: Die Energiepreisbremse tritt in Kraft**

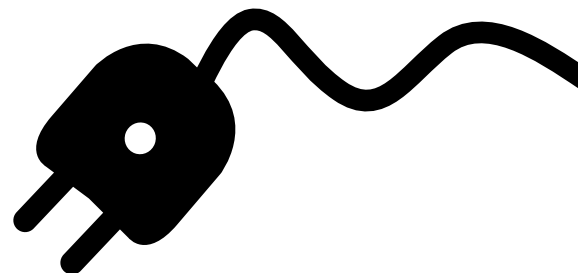
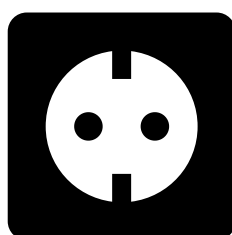
Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vor einem Jahr hat die SPD alles dafür getan, dass Energie für alle bezahlbar bleibt.

Mit drei Entlastungspaketen in Höhe von fast 100 Milliarden Euro und einem Abwehrschirm im Umfang von 200 Milliarden Euro wurden schnelle Hilfen auf den Weg gebracht, um die Energiepreise zu senken. Nachdem der Bund im Dezember die Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme übernommen hat, treten diese Woche die Energiepreisbremsen in Kraft



Das Geld lässt sich über diesen Link beantragen

Damit wird der Preis für einen Großteil des Energieverbrauchs von privaten Haushalten und Unternehmen bei Strom, Gas und Fernwärme gedeckelt – und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2023. Das Bundeswirtschaftsministerium setzt parallel weiter die von der SPD vorangetriebene Entlastung für Menschen, die mit Öl oder Pellets heizen, um.



**Blumen alleine reichen nicht! Gleicher Lohn, gleiche Wertschätzung, gleiche Chancen:**

Beim Frauentag am 8. März geht es um mehr Fairness und gerechte Chancen für Frauen weltweit. Die Ampel setzt sich für eine ambitionierte Gleichstellungspolitik ein – im Job, in der Familie und bei den Entscheidungen über den eignen Körper. Einer der weiterhin wichtigsten Punkte: Weltweit benötigen Frauen mehr Schutz gegen Gewalt. Das Ziel sind die Schaffung von mehr Frauenhäusern, einer verlässlichen Finanzierung von Schutzräumen sowie schärfere Strafen bei geschlechtsspezifischer Gewalt.

Frauen haben das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Darauf macht der Equal Pay Day einen Tag vorher, am 7. März, aufmerksam. Mit der Verbesserung des Entgelttransparenzgesetzes können Gehälter künftig miteinander verglichen werden, um so der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern für dieselbe Arbeit vorzubeugen. Weiter soll die partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit unterstützt werden. Hierfür wird die Ampel zwei Wochen bezahlten Partnerschaftsurlaub einführen, das Elterngeld um einen Extra-Partnerschaftsmonat erweitern und den elternzeitbedingten Kündigungsschutz verlängern.



**FÜR  
FRAUENRECHTE  
BRAUCHT ES  
AUCH STARKE  
MÄNNER.**

**Gleiche  
Chancen  
für alle.  
Für Dich.**

*„Gemeinsam gehen wir jedes Jahr Schritt für Schritt weiter, um mehr Schutz, mehr finanzielle Gerechtigkeit und mehr Chancen für Familien zu erstreiten und die Lebensqualität aller Frauen zu verbessern. Dafür steht die SPD“, so die Abgeordnete Esther Dilcher (SPD). „Insbesondere den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen endlich aus der Welt zu schaffen, ist mir schon immer eine Herzensangelegenheit“, so die Abgeordnete weiter.*





© picture-alliance / akg-images

Nach dem Brand ist der  
Plenarsaal des  
Reichstagsgebäudes völlig  
zerstört.



© picture-alliance / brandstaetter images/Austrian Archives (S) | Anonym

## **90 Jahre Reichstagsbrand – Erinnerung an das Unrecht**

In der Nacht des 27. auf den 28. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude in Berlin. Die Nationalsozialisten nutzten den Brand als politischen Vorwand, um hierauf folgend die Reichstagsbrandverordnung zu erlassen und damit die Gesetzgebungskompetenz auf die Regierung zu übertragen. Dieser Angriff auf die Demokratie und den Rechtsstaat markierten einen schrecklichen Wendepunkt in der Herrschaft des Dritten Reichs und der Verfestigung der Diktatur der Nationalsozialisten. Die Verordnung setzte zahlreiche Grundrechte außer Kraft, unter anderem die Meinungs- und Pressefreiheit, die Freiheit der Person und die Versammlungsfreiheit. Zehntausende Oppositionelle wurden daraufhin verhaftet, misshandelt und getötet. Der Deutsche Bundestag erinnert 90 Jahre später an diese Zäsur und die Schrecken des Nationalsozialismus. Doch das von den Nationalsozialisten angestrebte Ziel einer ewig währenden Machtherrschaft konnte nicht erreicht werden. Das Reichstagsgebäude trotzte den Flammen und ist seit dem Jahr 1999 Sitz des Deutschen Bundestages.

# Bild der Woche



Die Familienbetriebe Land und Forst (Vorsitzender Herr Freiherr von Elverfeldt, neben Esther Dilcher) informierten sich bei einem Besuch im Deutschen Bundestag, wie Fördergelder für eine ökologische und nachhaltige Waldbewirtschaftung gezielter eingesetzt werden können.



V.i.S.d.P.: **Esther Dilcher, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin



[esther.dilcher@bundestag.de](mailto:esther.dilcher@bundestag.de)



030-227-75113

-8-



[www.estherdilcher.de](http://www.estherdilcher.de)



[@esther.dilcher](https://www.facebook.com/esther.dilcher)



[@estherdilcher](https://www.instagram.com/estherdilcher)